

FOKUS SÜDAFRIKA



Immigration

Die Lage nach den Unruhen

Anfang Mai kam es in zahlreichen Townships zu Ausschreitungen von schwarzen Südafrikanern gegen afrikanische Immigranten. Dabei wurden 62 Menschen getötet, Hunderte verletzt, Hütten in Brand gesteckt, Geschäfte geplündert. Insgesamt flohen zwischen 70.000 und 100.000 Menschen aus ihren Unterkünften. Nachdem sie erst in nahe gelegenen Polizeistationen und Kirchen Schutz gefunden hatten, sind etwa 50.000 in provisorischen Lagern untergekommen, andere haben das Land verlassen oder sind in die Townships zurückgekehrt. Die Regierung war mit dem plötzlichen Gewaltausbruch überfordert, die Ursachenbehebung fällt schwer.

„Es geht nicht nur um die Verteidigung der Opfer,
sondern auch der Demokratie.“

Charles Nqakula, Minister für Innere Sicherheit

Die aktuelle Lage

Es herrscht wieder Ruhe in den Townships Südafrikas, wo einst Treibjagden auf Ausländer gemacht wurden. Die schnelle Entsendung der Armee in die Armenviertel trug erst einmal Früchte. Doch die Lage in den Notcamps ist angespannt. Das Internationale Rote Kreuz geht davon aus, dass durch die Gewaltwelle von Anfang Mai etwa 51.000 Ausländer in Südafrika zu internen Flüchtlingen (internal displaced) geworden sind. Davon entfällt der Großteil mit 28.000 Menschen auf die Provinz Gauteng, die die Wirtschaftsmetropole Johannesburg und den Regierungssitz Pretoria umfasst, etwa 20.000 Menschen sind in der Provinz Western Cape, die Kapstadt einschließt, obdachlos geworden, auf die Provinz KwaZulu-Natal und ihr Zentrum Durban entfallen etwa 2.500 Flüchtlinge.

Hatten die meisten der Vertriebenen erst einmal Zuflucht in Polizeistationen, Behörden und Kirchen genommen, so hat die Regierung seit etwa vier Wochen provisorische Camps eingerichtet. Gemeinsam mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) wurden Zeltlager errichtet, die Provinzregierung von Kapstadt öffnete Stadtteilzentren und küstennahe Resorts. Dort werden die gestrandeten Menschen nun erst einmal mit Nahrungsmitteln, Hygieneartikeln und Kleidung versorgt. Das Gesundheitsministerium hat mobile Kliniken zur Verfügung gestellt. Nicht-Regierungsorganisationen versuchen Kontakt zwischen den verschiedenen Camps herzustellen und Informationen über die zurückgelassenen Habseligkeiten bereitzustellen.

Mehr als 25.000 Betroffene sollen nach Mosambik zurückgekehrt sein, wo die Regierung zeitweise den Ausnahmezustand verhängt hat, um den Ansturm bewältigen zu können. Die größte eingewanderte Bevölkerungsgruppe der Simbabwer, die etwa 60 Prozent der Immigranten ausmacht, ist nur zu kleinen Teilen in die Heimat zurückgekehrt, und zu ebenfalls vernachlässigbaren Teilen in die umliegenden Länder Botswana, Sambia und Mosambik. Die meisten Simbabwer hoffen auf eine Beruhigung der Lage in den Townships, in ihrer Heimat hingegen ist nicht so schnell mit Entspannung und Aufschwung zu rechnen. Gerade erst hat die Opposition zum Boykott der Wahlen aufgefordert, Diktator Robert Mugabe mit Bürgerkrieg gedroht und die Inflati-

on liegt weiterhin in Rekordhöhe. Etwa fünf Millionen Simbabwer befinden sich daher in Südafrika. Vor der Gewaltwelle strömten täglich Tausende über die Grenze; bis auch in den Townships die Gewalt ausbrach.

Was war in den südafrikanischen Townships geschehen?

Anfang Mai kam es in zahlreichen Armenvierteln Südafrikas zu einer Hetzjagd von schwarzen Südafrikanern auf afrikanische Einwanderer, darunter legale aber auch illegale Immigranten. Mit Messern, Schlagstöcken und Pistolen hatte sich eine Gruppe Männer im Johannesburger Viertel Alexandra auf die Suche nach Mosambikanern, Simbabwern und anderen Ausländern gemacht, die nicht ihre Sprache sprachen. Dabei zündeten sie Häuser an, plünderten Geschäfte, mordeten und vergewaltigten. Einwohner des Townships, die nicht direkt beteiligt waren, schienen diese Taten billigend in Kauf zu nehmen oder applaudierten gar am Straßenrand. Wenig später kam es auch in anderen Elendsvierteln Johannesburgs zu Verfolgungsjagden, die in den kommenden Wochen Nachahmer in anderen Teilen des Landes, vor allem in den Metropolen Durban und Kapstadt, fanden.

Die Täter warfen den Ausländern vor, ihnen die Arbeitsplätze und Unterkünfte zu stehlen und für die hohe Kriminalität im Land verantwortlich zu sein. Weil die Regierung sich des Problems verweigere, müssen sie nun die Lösung in die Hand nehmen, so rechtfertigten sich einige der Beteiligten. Angesichts fehlender Unterkünfte, hoher Lebensmittel- und Benzinpreise und mangelnder Beschäftigungstätigkeiten, sei kein Platz



Foto: Andreas Dörner

Armut im Township Soweto, nahe Johannesburg

mehr für die Einwanderer, die Townships seien an ihre Grenzen gestoßen, überfüllt.

Waren die ersten Ausschreitungen tatsächlich fremdenfeindlich motiviert, so bedienten sich später kriminelle Banden des Anlasses und nutzten die Lage aus, um von Rechtlosigkeit und Chaos zu profitieren und sich an dem Besitz der Verfolgten zu bereichern.

Einwanderer aus dem benachbarten Mosambik und dem krisengeschüttelten Simbabwe, aber auch Somalia, dessen Staat schon vor mehr als zehn Jahren kollabiert war, Nigeria und Äthiopien flüchteten sich in nahe gelegene Polizeistationen, Kirchen oder Behörden. Auf der Suche nach Schutz gaben sie ihre Hütten, ihren Besitz und ihre Geschäfte auf. Nur den wenigsten blieben ein paar Taschen mit dem Notwendigsten, die meisten verließen ihre Wohnungen und Läden Hals über Kopf. Auf dem Höhepunkt der Gewaltwelle waren 100.000 Immigranten obdachlos geworden. Die meisten waren nicht unmittelbar Opfer von Aggressionen geworden, jedoch so stark verunsichert, dass sie sich zu Hause nicht mehr sicher fühlten.

Die Ursachen

Experten hatten schon lange vor einer Zunahme der Fremdenfeindlichkeit innerhalb der schwarzen Bevölkerung Südafrikas gewarnt. Bereits 1997 hatten 25 Prozent der Südafrikaner angegeben, Immigration verbieten zu wollen. Etwa 16 Prozent der Befragten gaben an, eine Gruppe von Gleichgesinnten zusammenzubekommen, um Hatz auf Ausländer zu machen, neun Prozent betonten, dass sie dabei auch auf Gewalt zurückgreifen würden. Insgesamt sprachen sich 45 Prozent für klare Grenzen der Einwanderung aus und 61 Prozent sahen in ihr ein zusätzliches Problem, das die vorhandenen

Ressourcen im Land belasten würde (Southern African Migration Project, SAMP 1997).

Das renommierte südafrikanische Institut für Rassenbeziehungen hatte schon früh vor einer Zunahme von Rassismus gewarnt, dabei aber weniger die Beziehungen unter den verschiedenen Gruppen der schwarzen Südafrikaner beleuchtet, als die Beziehungen der schwarzen Bevölkerungsgruppe (etwa 80 Prozent) zu den Weißen (etwa 9 Prozent), Coloureds (etwa 8 Prozent) oder Indern (etwa 2 Prozent). „Das Problem der Xenophobie stellt zwar kein neues dar, jedoch ein wenig untersuchtes und der plötzliche Ausbruch der Gewalt hatte in seiner Vehemenz alle überrascht,“ so Frans Cronje vom Institut für Rassenbeziehungen.

Mittlerweile sind die Umstände, unter denen es in Alexandra zum Ausbruch der Gewalt kam, besser bekannt. In der Extension 7, dem Ursprungsort der Gewaltwelle, waren zahlreiche Häuser des sozialen Wohnungsbaus an ausländische Einwohner gegangen, die sich ihre Vorzugsbehandlung durch Schmiergeldzahlungen an die Verwalter in der Gemeinderegierung erkaufte hatten. Zwar hatte die Stadtverwaltung Johannesburgs diese Berichte zurückgewiesen, die Tageszeitung „The Star“ konnte die Korruptionsvorfälle jedoch belegen. Julian Baskin, die die erdrückenden Beweise zusammentrug, sagt: „Mehr als 400.000 Menschen leben in Alexandra auf einem Quadratkilometer von Wellblechhütten, etwa 15 Prozent sind Ausländer. Es ging also mehr um die Verteilung der umkämpften Sozialwohnungen als um Fremdenfeindlichkeit.“

Nicht-Regierungsorganisationen und wissenschaftliche Institute sehen als Hauptursache jahrelang angestaute Frustration unter den ärmsten Südafrikanern, die noch immer vor allem Schwarze sind.

Zu einfarbig - Bildungsniveau nach Hautfarbe bei 20+ -jährigen Südafrikanern/innen in Prozent (2003)

Hautfarbe	Ohne Schulbildung	Angef./abgeschl. Grundschule	Angefangene höhere Schule	Abgeschlossene höhere Schule	Höherer Bildungsgrad
schwarz	22,3	25,4	30,4	16,8	5,2
farbig (coloured)	8,3	28,2	40,1	18,5	4,9
asiatisch	5,3	11,9	33,0	34,9	14,9
weiß	1,4	2,0	25,9	40,9	29,8

Quelle: Statistics South Africa

Auch vierzehn Jahre nach Ende der Apartheid sind 40 Prozent der Menschen ohne Arbeit, etwa zwei Drittel der Jugendlichen haben keinerlei Perspektive, noch immer lebt ein großer Teil der schwarzen Südafrikaner in Wellblechhütten ohne Strom, fließendes Wasser und Anschluss an die Kanalisation. Der Konkurrenzkampf am Ende der sozialen Leiter hat stark zugenommen. Zwar stiegen mit Ende der Rassentrennung und Beginn der Demokratisierung die Erwartungen, jedoch konnten die neuen Regierungen von Nelson Mandela und Thabo Mbeki diese nicht schnell genug erfüllen. „Das Hauptproblem ist die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen,“ so Winnie Mandela, Vorsitzende

der sich um zahlreiche Flüchtlinge kümmert, stellt fest: „Die arme Bevölkerung kostet es immer größere Mühe, sich mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen. Der Konkurrenzkampf um Nahrung, Arbeit und Unterkünfte hat sich enorm verschärft.“ Ihn überrascht es nicht, dass nun schwarze Südafrikaner gegen ihre zugezogenen Nachbarn aus anderen Staaten vorgehen. „Die Schwachen reagieren sich an den noch Schwächeren ab,“ so Dr. Nyakarashi, „die Ausländer wurden zum Ventil für die Unzufriedenheit. Die Illegalen waren die einfachsten Opfer.“

Reaktionen der Regierung

Während die Medien bereits nach den ersten Ausschreitungen auf die Missstände in den Townships aufmerksam machten und die Opposition das Thema alsbald für sich entdeckte, reagierte die Regierung nur langsam. Präsident Thabo Mbeki äußerte sich erst Tage später und entsandte die Armee zur Unterstützung der Polizei. Erst nach einer nationalen und internationalen Welle der Kritik und einem deutlichen Imageverlust seiner Regierung wandte er sich am *Africa Day* per Fernsehen an die Öffentlichkeit. Dabei verurteilte er die Gewalt in schärfsten Worten und versprach den Opfern schnelle Hilfe. Bis auf die Einberufung einer Expertenkommission zur Klärung der Ursachen, nannte er jedoch keine konkreten Maßnahmen. Seine Innenministerin Nosiviwe Mapisa-Nqakula musste zudem eingestehen, dass sie die genauen Zahlen der Einwanderer nicht kennt. Ihr Ehemann Charles Nqakula, der für Sicherheit zuständige Minister, konnte ebenfalls keine Abhilfe schaffen.

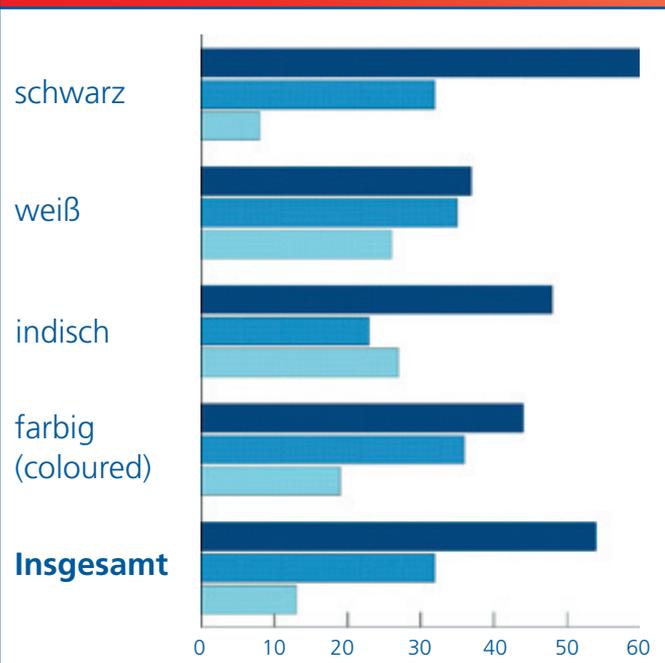
In der am zweitstärksten von Flüchtlingsströmen betroffenen Provinz Western Cape ist es unterdessen zu einem offenen Streit zwischen Premier Ebrahim Rasool (ANC) und der Bürgermeisterin Kapstadts Helen Zille von der Oppositionspartei *Democratic Alliance* (DA) gekommen. Während Rasool die Öffnung weiterer Stadtteilzentren forderte, rief Zille den Provinzpolitiker dazu auf, die Flüchtlinge nicht in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern und mehr Mittel freizugeben. Erst das Oberste Gericht brachte eine Lösung in dem Streit, die die Bürgermeisterin mehr in die Verantwortung nimmt, ihr aber bei der Bewegungsfreiheit der Vertriebenen zustimmt. Insgesamt geht

Jeder gegen jeden?

Würden Sie sagen die Beziehungen zwischen den Rassen innerhalb des Landes haben sich...*

■ verbessert ■ verschlechtert ■ nicht verändert

*Antworten nach Hautfarbe in Prozent, November 2007



Quelle: Ipsos Markinor

der Frauenunion der Regierungspartei ANC und eine der wenigen Politikerinnen, die sich alsbald in die Armenviertel gaben und den Einwohnern Gehör schenkten. „Die unerträglichen Lebensumstände der Menschen haben sie zur Gewalt greifen lassen, das ist nicht einfach nur Fremdenhass.“

Die Benzin- und Lebensmittelpreise haben sich in den letzten Wochen mehr als verdoppelt. Dr. Emmanuel Nyakarashi von der Methodistenkirche in Johannesburg,

es in dem Streit vor allem darum, der jeweils anderen Seite vorwerfen zu können, sie würde zu wenig tun und die Lasten ungleich verteilen. Kapstadt stellt die einzige Metropole dar, die nicht von der Regierungspartei *African National Congress* (ANC) geführt wird und seit Übernahme des Bürgermeisteramtes durch die Opposition sehr umstritten ist.

Letztendlich wurden in der Provinz sechs große Flüchtlingslager eingerichtet und 18 Gemeindezentren für die Unterbringung Vertriebener zur Verfügung gestellt. Im größten Lager der Stadt Soetwater kam es jedoch zu zahlreichen Problemen. „In zehn riesigen Zelten befinden



Foto: Andreas Dörner

In den Townships stehen den Bewohnern oft nur wenige Wasseranschlüsse zur Verfügung

sich mehr als 3.500 Menschen,“ so Sam Pearce, der die Lage vor Ort für verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen beobachtet hat, „die beiden Hauptlager befinden sich direkt an der Küste. Die Kaltfront hat sie voll erwischt. Die Zelte sind feucht und kalt. Die Kinder werden krank, die Frauen verzweifeln und die Männer werden sauer.“ Das Lager teilt sich in ein oberes und ein unteres, die von unterschiedlichen Vertriebenen-Repräsentanten geführt werden. Zwar beklagen alle die unzureichende Versorgung mit Unterkünften, Heizungen, Nahrungsmitteln und Medikamenten als auch die schlechten sanitären Bedingungen, in Bezug auf die Art und Weise, wie die südafrikanische Regierung unter Druck zu setzen sei, kam es jedoch zu Meinungsverschiedenheiten. Der Presse zufolge, zwangen somalische Gruppen ihre Leidensgenossen aus Simbabwe und der Demokratischen Republik Kongo (DRC) zum Hungerstreik, zudem gab es Berichte, Somalier hätten mehrere Suizidversuche unternommen.

Diese wurden später allerdings dementiert. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Lage in den Flüchtlingscamps noch immer unzureichend ist. Auch in der Provinz Gauteng setzte die Hilfe für die Vertriebenen nur zögerlich ein.

Aussichten

Bis Ende Juli sollen alle Flüchtlinge entweder zurück in ihre Heimat gebracht oder aber in die südafrikanischen Gemeinden re-integriert werden, aus denen sie geflohen waren. Die Regierungen unter Präsident Thabo Mbeki aber auch auf Provinzebene haben sich mehrheitlich für die Rückkehr in die südafrikanischen Townships ausgesprochen.

„Unser dreistufiges Programm läuft bereits,“ so Virginia Petersen, Sprecherin des Premierministers der Provinz Western Cape, „erst humanitäre Hilfe und Sicherheit für die Opfer, dann eine Kampagne in den Townships, um Fremdenhass und Rassismus auszumerzen, und schließlich die Re-Integration.“ Sie hofft, dass demnächst alle Vertriebenen wieder in ihre Townships zurückkehren werden, „dazu stehen schon jetzt Sozialarbeiter vor Ort zur Verfügung. Das UN Flüchtlingshilfswerk leitet uns dabei an.“ Und auch in der Provinz Gauteng, die am schlimmsten von der Gewaltwelle heimgesucht wurde, geben sich die Behörden optimistisch. „In den kommenden zwei Monaten hoffen wir, dass alle Vertriebenen wieder in ihre Townships zurückkehren können,“ so Gauteng-Sprecher Thabo Masebe, „die Lage ist günstig und wir sind zuversichtlich.“

Eine Umfrage des staatlichen Rundfunksenders *South African Broadcast Corporation* (SABC) förderte jedoch erschreckende Ergebnisse zutage. Auf die Frage, ob Südafrikaner jemals Ausländer akzeptieren würden, antworteten zwei Drittel mit „Nein“ und unterstrichen ihre Haltung mit Aussagen wie „Ausländer raus“ und „Südafrika den Südafrikanern.“ Eine weitere Erhebung sieben Tage später, fragte, ob die Vertriebenen wieder in die Gesellschaft reintegriert werden sollten. Zwei Drittel der Befragten waren dagegen. Der *World Values Survey* bestätigt die Fremdenfeindlichkeit, ihm zufolge fordert ein Drittel der südafrikanischen Bevölkerung die Abschiebung der Ausländer. Und der Wandel in den Köpfen der Menschen wird noch lange Zeit brauchen. Denn die

Ursachen, die Geschichte von Kolonialismus und Apartheid, aber auch weit verbreitete Armut und Ungleichheit, lassen sich nicht so schnell ausmerzen. Und Toleranz lässt sich nicht kurzfristig per Gesetz herstellen.

Colleen Loewe Morna, Expertin von der Organisation „Gender Link“, sieht das Problem vor allem darin, dass „die Südafrikaner ein Problem mit dem ‚Anderen‘ haben. Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus und Rassismus sind Ausdruck desselben Problems.“ Sie fordert die Regierung dazu auf, von ihrem Elfenbeinturm herunterzukommen und die Bevölkerung zu mehr Toleranz zu erziehen. „Wir brauchen nicht nur mehr Hilfe für die Armen, wir brauchen vor allem eine Grundüberzeugung, dass Vielfalt in jedweder Hinsicht die Grundlage unserer Gesellschaft bildet.“

Das Kabinett unter Präsident Mbeki hat unterdessen beschlossen, die Schaffung von Wasseranschlüssen, Sozialwohnungen und Beschäftigungsmöglichkeiten noch einmal zu beschleunigen. Es forderte die Regierungen auf Provinz- und Gemeindeebene auf, mehr gegen Korruption zu unternehmen und sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit zu positionieren. Neben der Bestrafung der Täter soll sich die Lage in den provisorischen Camps alsbald verbessern. Themba Maseko von der Regierung in der Provinz Gauteng versprach, „dass wir keine Gewalt mehr dulden werden. Wir arbeiten zudem mit der Zivilgesellschaft zusammen, um allen Opfern sichere und erträgliche Unterkünfte zu bieten. Nahrungsmittel, Medikamente, Decken und Kleidung werden den Vertriebenen zur Verfügung gestellt, bis sie wieder in ihre Townships zurückkehren können.“

Die für Einwanderung zuständige Ministerin Nosiviwe Mapisa-Nqakula garantierte den Vertriebenen auf eine Überprüfung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen zu verzichten. Entschädigungen für die

Opfer der Gewaltwelle lehnte die Regierung jedoch ab. Der Minister für Sicherheit Charles Nqakula verkündete, dass die Polizei 1.436 Verdächtige festgenommen hätte und ein Großteil der Verfahren bereits eingeleitet sei. „Wir arbeiten an einer zügigen Aufklärung“, so Nqakula, „dabei geht es nicht nur um die Verteidigung der Opfer sondern auch der Demokratie.“

Doch immer mehr Medien weisen auf ein Machtvakuum innerhalb des ANC hin, das einer Lösung der drängenden Probleme entgegensteht. Denn der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki wurde im Dezember als ANC-Vorsitzender abgewählt und dadurch stark geschwächt. Die Stimmung zwischen ihm und seinem Nachfolger Jacob Zuma, der in den kommenden Wahlen 2009 als aussichtsreichster Kandidat auch für die Nachfolge im höchsten Amt des Staates gilt, ist schlecht, sein Regierungsstil ohnehin heftig kritisiert. Eine klare Richtung, Einigkeit ob konkreter Maßnahmen und Führungsstärke fehlen.

Dabei ist der Imageverlust der Regenbogennation erheblich. „Wir sind sehr betroffen“, so Moeketsi Mosola, Vorsitzender des südafrikanischen Tourismusverbandes, „immerhin stammen 67 Prozent unserer Touristen aus dem afrikanischen Ausland.“ Gerade weil die Zeit angesichts der Fußball-WM 2010 drängt, steht die Regierung unter Druck. Danny Jordaan, Vorsitzender des FIFA-Organisationskomitees rief sie daher dazu auf, „alles in ihrer Macht stehende zu tun, das Leid der Vertriebenen weiter zu lindern.“ An der Austragung der WM rüttelt die FIFA jedoch noch nicht, Jordaan geht davon aus, dass die momentanen Probleme des Landes bis dahin gelöst seien und nichts dem Turnier im Wege stehen wird. Das Motto für die Meisterschaft steht bereits fest: „Ke Nako. Zeit, Afrikas Menschlichkeit zu feiern.“ Bis dahin muss die südafrikanische Regierung nicht nur an der Fremdenfeindlichkeit, sondern vor allem ihren Ursachen arbeiten. Die prekäre Lage im benachbarten Simbabwe, das Wohlstandsgefälle in der Region aber auch in Südafrika sowie die unkontrollierte Immigrationspraxis haben zur Eruption der Gewalt geführt. Der starke Anstieg der Lebenshaltungskosten, zunehmende Konkurrenz, unzureichende Perspektiven für die Jugend und ihre zunehmende Marginalisierung drohen ansonsten auch über das freudige Ereignis der ersten Fußball-Weltmeisterschaft in Afrika einen Schatten zu legen. ■



Foto: Andreas Dörner

Ehemaliges Wahlplakat: Das Ansehen des ANC schwindet auch in den Townships

Impressum

FOKUS SÜDAFRIKA erscheint in loser Reihenfolge und wird von der *Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Südafrika* herausgegeben und redaktionell gestaltet.

Im Rahmen ihres Arbeitsschwerpunktes Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* von Johannesburg aus den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Transformationsprozess in Südafrika mit dem Ziel, Demokratie und soziale Gerechtigkeit im größten Land des südlichen Afrika zu stärken.

Ziel von FES Fokus Südafrika sind aktuelle Hintergrundberichte und Analysen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Südafrika.

FOKUS SÜDAFRIKA wird kostenlos herausgegeben. Alle Ausgaben können auf unserer Homepage eingesehen werden: www.fes.org.za.

Redaktion: Dr. Werner Rechmann, Jérôme Cholet

V.i.S.d.P.G.: Dr. Werner Rechmann

Gestaltung: Andreas Dorner

Friedrich-Ebert Stiftung

Büro Südafrika

34 Bompas Road, Dunkeld West

Johannesburg, Südafrika

P.O.Box 412664, Craighall 2024

Tel: +27(0) 11-341 0270

Fax: +27(0) 11-341 0271

E-Mail: focus@fessa.co.za

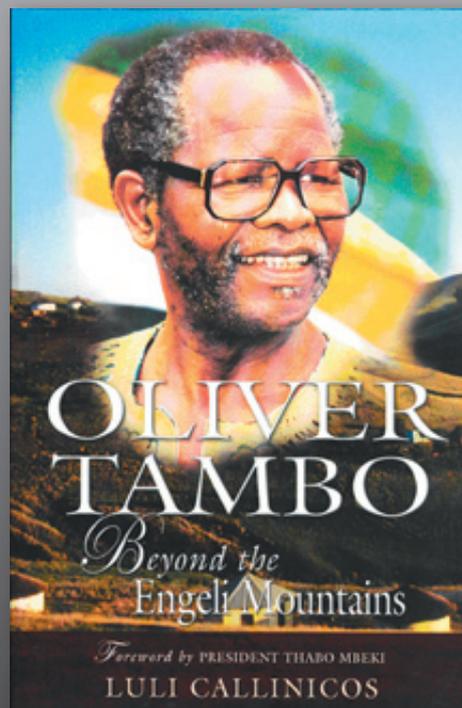
Web: www.fes.org.za



Anzeige

Oliver Tambo
Luli Callinicos

Beyond the Engeli Mountains



ISBN –86486-642-9

Cape Town - New Africa Books 2004, 672 p.

Supported by the

Friedrich Ebert Foundation - South Africa Office